

Studie: Lehrer machen zu viele Überstunden

Gewerkschaft fordert weniger Unterricht pro Woche

VON ALICE ECHTERMANN

Bremen. Lehrer identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit – fühlen sich aber gleichzeitig viel stärker belastet als andere Berufsgruppen. Das sind die Ergebnisse einer neuen Studie der Universität Göttingen im Auftrag der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Niedersachsen. Sie ergänzt eine Arbeitszeitstudie, an der 2869 Lehrer von 255 niedersächsischen Schulen ein Jahr lang teilnahmen. Aus diesen Befunden möchte die Bremer GEW nun Forderungen für Bremen und Bremerhaven ableiten. Beim Bremischen Gewerkschaftstag am Mittwoch haben die Delegierten einen entsprechenden Antrag beschlossen. Ihre Forderung: Die verpflichtenden Unterrichtsstunden für Lehrer sollen reduziert werden.

Die Arbeitszeit für Lehrer beträgt 40 Stunden pro Woche. An Bremer Grundschulen müssen sie 28 Stunden pro Woche unterrichten, in der Sekundarstufe I sind es 27 Stunden und an Berufsschulen und gymnasialen Oberstufen 25 Stunden. Wie sie die verbleibende Zeit für andere Aufgaben wie Konferenzen, Korrigieren von Arbeiten oder Elterngespräche einteilen, bleibt offen – oft arbeiten Lehrer auch zu Hause und am Wochenende. An den Gymnasien in Niedersachsen arbeiten Lehrer der Studie zufolge durchschnittlich drei Stunden mehr pro Woche; das ergebe wöchentlich etwa 50 000 unbezahlte Überstunden. An den Grundschulen arbeiten Lehrer durchschnittlich eine Stunde und 20 Minuten mehr. Die Überstunden entstehen fast ausschließlich durch Tätigkeiten außerhalb des Unterrichts. Am Ende müssten Lehrer vor allem bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sparen, sagt Eberhard Brandt, Vorsitzender der GEW Niedersachsen, der die Studie vorstellte. Der Belastungsstudie zufolge müssen viele Lehrer ihre eigenen Qualitätsansprüche herunterschrauben. Über 80 Prozent empfinden das als starke Belastung.

Für Bremen gibt es keine vergleichbare Erhebung der Arbeitszeit. Die GEW halte die Ergebnisse aus Niedersachsen aber für übertragbar, sagt Bernd Winkelmann, Vorstandssprecher des Stadtverbands Bremerhaven. In Bremen müssen Lehrer an Gymnasien 1,5 Stunden mehr unterrichten als in Niedersachsen, und auch bei anderen Schulformen ist die Stundenzahl höher als im benachbarten Bundesland. Die GEW beruft sich außerdem auf eine Analyse des

Instituts für interdisziplinäre Schulforschung (ISF) von 2013. Demnach müssten Lehrer in Bremen 55 Aufgaben erfüllen, sagt der Verantwortliche Reiner Schölles, der als Lehrer in Niedersachsen arbeitet. Doch allein mit acht typischen Aufgaben wie Unterrichten oder Pausenaufsicht sei die vorgeschriebene Jahresarbeitszeit fast ausgefüllt. Übrig blieben noch 50 Stunden für die übrigen 47 Aufgaben. Die Politik habe auf das Ergebnis nicht reagiert, sagt Helmut Zachau, Mitarbeiter beim ISF und ehemaliger Schulleiter des Schulzentrums Walle. Die Bildungsbehörde müsse eine Arbeitsplatzbeschreibung für Lehrer erstellen, in der nicht nur die Unterrichtsstunden, sondern alle Aufgaben zeitlich definiert sind.



Eberhard Brandt

FOTO: DPA

Aus der Bildungsbehörde heißt es, die niedersächsische Studie biete interessante Aspekte für Bremen. Bremen habe anders als Niedersachsen die Arbeitszeit für Lehrer nicht erhöht und Entlastungsstunden für Schulleiter eingeführt. „Es ist unser Ziel, im Dialog mit Betroffenen weitere Handlungsstrategien zu entwickeln, beispielsweise für Lehrerinnen und Lehrer an besonders belasteten Schulen in besonders förderbedürftigen Stadtteilen“, sagt Annette Kemp, Sprecherin der Bildungssenatorin. Denkbar sei, Entlastungen durch den Abbau von Bürokratie zu schaffen.

Die GEW Bremen hat angekündigt an, in den Austausch mit der Bildungssenatorin zu treten. Sie solle ein Konzept für die „angemessene Organisierung“ der Arbeit der Lehrer vorlegen. Die Zahl der Unterrichtsstunden müsse gesenkt werden, um Zeit für die anderen wichtigen Aufgaben zu schaffen. Denn diese würden auch durch die Anforderungen von Inklusion und Integration immer zahlreicher. Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GEW-Veränden solle landesübergreifend politischer Druck ausgeübt werden, sagt Bernd Winkelmann. Die GEW wolle auch prüfen, welche juristische Schritte möglich sind, um den Arbeitgeber – die Bildungsbehörde – zu zwingen, das Arbeitsschutzgesetz einzuhalten.

Am Ende müssten für eine Entlastung mehr Lehrkräfte eingestellt werden, so Winkelmann. „Das verschärft das Problem, dass wir bereits zu wenig gut ausgebildete Lehrkräfte für Bremen und Bremerhaven finden.“ Dennoch hält die GEW an ihrer Forderung fest. Denn nur mit guten Arbeitsbedingungen könne Bremen auch als Arbeitgeber für junge Lehrer attraktiv sein.

WK v. 27.10.2016